

## **An die AM-Redaktion**

### **29.11.05. Beitrag zur Veröffentlichung in den AM**

Noch zu dem Artikel „Deutschland nicht ‚kaputtsparen‘ - AGV diskutiert - Aktivitas mit Müntefering und Mißfelder“ in AM Nr.3, März 2005

Thema: Eine zitierte Äußerung des JU-Bundesvorsitzenden („... die ältere Generation ...verprasse...viel Geld...zu Lasten der jüngeren“) im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung. Deren Ursachen, die Verantwortlichkeit dafür und die Folgerungen daraus.

Die strittige Äusserung des (noch) JU-Bundesvorsitzenden Philipp Mißfelder und der Bericht als solcher haben - soweit bekannt - bei vielen KbKb'n große Verärgerung ausgelöst.

Die bisherige redaktionelle Behandlung der Veröffentlichung möchte ich als unangemessen dürftig zu bezeichnen. Sie blieb im Kern beschränkt auf als unbefriedigend anzusehende formelle Distanzierungen der betreffenden Äußerung. Eine Diskussion des Zusammenhangs, in dem die Äußerung steht, ist nicht erfolgt. Das erscheint mir als ausgesprochen ärgerlich gerade für den intelligenten und akademisch gebildeten KbKb- und Leserkreis der AM. Die AM sind immerhin die Verbandszeitschrift des grossen katholischen deutschen Akademikerverbandes KV mit Mitgliedern, die obendrein zu einem großen Anteil der angegriffenen „älteren Generation“ angehören. Das ist so nicht hinnehmbar und kann so nicht stehen bleiben. Folgende Gesichtspunkte bedürfen der Stellungnahme und ggf. einer Diskussion:

Wörtlich lautete die Äußerung: „Übereinstimmung zwischen JU und AGV herrschte zum Thema Finanzpolitik. Es sei unverantwortlich, dass die ältere Generation viel Geld zu Lasten der jüngeren verprasse“.

1. Der Name des Verfassers des Artikels war nicht erwähnt. Erst über Nachfrage konnte zur Kenntnis gebracht werden, dass es sich um den Kb des KV Timo Hirte (Cb) handelt.
2. Redaktionsleiter Kb. Lühr weist nicht zu Unrecht auf das Impressum und die Verantwortlichkeit eines jeweiligen Verfassers hin, übersieht aber, dass dieser nicht genannt ist.
3. Es ist nach wie vor unverständlich, wie die Redaktion diesen – mit Verlaub gesagt - dümmlichen Artikel, obendrein noch mit der zitierten unverschämten Äußerung, überhaupt zur Veröffentlichung freigeben konnte. Man sollte zugeben, dass es sich um eine ausgesprochene Redaktionsspanne gehandelt hat. Wenn aber schon das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann sollte man sich dazu bekennen und es nicht dabei belassen, eine knappen Satz der formellen Distanzierung im Editorial zu formulieren. Dann muß die Sache ausdiskutiert werden. Alles andere ist nur als unredlich und zusätzlich ärgerlich zu werten.
4. Es handelt sich immerhin um die Äußerung eines (vielleicht noch möglichen) zukünftigen Jungpolitikers der CDU, der als Partei viele KbKb politisch nahe stehen, und einer Person, von der schon mehrfach negative Äußerungen in Erinnerung sind (Keine Hüftgelenke für Ältere, Drängen auf Nullrunden bei Rentnern, auf dem

Deutschlandtag der JU Aufforderung an die bisherige Bundesvorsitzende zur Rechenschaftslegung zu Wahlkampfgehlern). Sie zeugen von einem Denken, das als schäbig, schamlos und beleidigend zu bezeichnen ist. Die Äußerung eines anderen Jungpolitikers einer anderen Partei (Löffel zeitiger abgeben) führte immerhin zu dessen Amtsverzicht. Alle diese Äußerungen zeigen aber, dass es Zeit wird, ein schiefes Denken bei einigen einzelnen Grünschnäbeln innerhalb der jüngeren Generation nicht im Raum stehen bleiben zu lassen und vor allem das Entstehen eines Generationenkonflikts zu verhindern. Ob es sich um eine Einzelmeinung handelt, ist außerdem nicht ganz eindeutig, weil Mißfelder immerhin ein von einer Mehrheit gewählter Bundesvorsitzender ist.

5. Wenn auch die Gesprächsteilnehmer der AGV (CV'er, UV'er und auch KV'er) die Äußerung ganz oder teilweise mitgetragen haben, muß das sehr kritisch betrachtet werden, auch wenn nachträglich Distanzierungsäußerungen erfolgt sind.

6. Die Äußerung belegt nach meiner Überzeugung vor allem, dass eine gewisse intellektuelle Dummheit in Verbindung mit einem Nichtwissen von tatsächlichen bedeutungsvollen Fakten vorzuliegen scheint. Denn von vorsätzlicher Boshaftigkeit wird man ja nicht sprechen können.

Es sind nicht die Alten, die a) die Ursache sind für und b) angeblich Schuld haben an den Problemen mit den ungedeckten Ausgabenverpflichtungen der Rentenzuweisungen und der Pensionszahlungen und für die desolatte staatliche Finanz- und Verschuldungslage in unserem Land. Diese liegen überhaupt nicht bei einzelnen Bevölkerungsgruppen.

Die Ursachen liegen vielmehr in einer seit Jahrzehnten unrealistischen Öffentlichen *Finanzpolitik*. Die Verantwortung haben die dafür verantwortlichen Politiker. Und zwar a) mit einer Haushaltbuchführung, aufgebaut auf den Grundgesetz-Artikeln 105 – 115, im System der Kameralistischen Buchführung ohne Buchung und betriebswirtschaftliche Berücksichtigung und Regelung von Rückstellungen, Rücklagen und Abschreibungen und zugleich mit Schaffung von vermögensmäßigen aktiven Gegenposten und b) in der nur liquiditätsmäßig ausgerichteten Haushaltsausrichtung. Diese beachtet im Zusammenhang und mit Hilfe nur von finanz- und haushaltrechtlichen Gesetzen nur *Haushaltdefizite*, die im einzelnen Rechnungsjahr als Differenz zwischen den anfallenden Ausgaben und der notwendigen Deckung durch Einnahmen anfallen. Darüber hinaus werden im Anhang zum Haushalt nur die *Haushaltsschulden erfasst*, die fachlich „*Explizite Staatsschulden*“ genannt werden. Hier addieren sich die zur notwendigen Deckung der Haushaltdefizite formell aufgenommenen Neuverschuldungen über die Jahre.

Hinzukommt, dass nur diese Haushaltschulden, „Explizite Staatsschulden“ genannt, im finanzpolitischen Visier von Berlin und auch von Brüssel sind (ebenso wie auch bei den Bundesländern). Sie belaufen sich, wie in der breiten Öffentlichkeit bekannt, per 03/2005 auf rd. 1,4 Bill. €.

(Anm: Beim Bund allein bei rd. 0,84 Mrd. €)

In der Öffentlichkeit aber garnicht bekannt und beachtet sind die sog. „*Impliziten Staatsschulden*“, die aus „*unverbrieften Verpflichtungen*“ bestehen und nicht gebucht werden und nur „unter dem Strich“ statistisch erfasst sind: Höhe rd. 5,7 Bill. €.

- 3 -

In der Addition ergeben sich daraus die *Gesamt-Staatsschulden*, die entsprechend gleichfalls nicht im finanzpolitischen Führungsblickfeld des „Unternehmens“ Bundesrepublik stehen, das kein betriebswirtschaftliches ist, und dementsprechend gleichfalls auch weder in der medialen noch in der allgemeinen Öffentlichkeit irgendwelche Beachtung finden: Höhe per 03/2005 rd. 7,1 Bill. €.

Dabei hat Bundespräsident Horst Köhler sie in seiner viel beachteten Rede vom 15. März 2005 (nachzulesen in der FAZ v. 16.03.05) ausdrücklich einzeln benannt, sogar mit dem Zusatz, dass die Gesamt-Staatsschulden damit 330% vom BIP erreicht haben. Doch keiner hat sie zur Kenntnis genommen (Frage: Oder doch?).

Fazit und Kern der Sache: Berechtigte Verpflichtungen des Staates wurden/ werden finanzpolitisch nicht berücksichtigt, notwendige Deckungsbeträge sind nicht aufgebaut worden, Staatsschulden sind zu makaber-gigantischer Höhe aufgelaufen. Lösungsansätze sind (noch) nicht in Sicht. Ohne umgehendes Umsteigen auf „betriebswirtschaftliche“ Buchführung und Bilanzierung und anschliessend eine superlangfristige Umfinanzierung auch nicht denkbar. Ansonsten drohen EU- und Euro-Probleme sowie intern sozialer Unfrieden (s.o. wie der bereits andeutungsweise aufscheinende Konflikt Junge gegen Alt).

Hinzu kommt in diesem konkreten Fall noch, dass „die Jungen“ seit ihrer Geburt mit im Boot sitzen und manchen Öffentlichen Schuldenstand unwissend und ungewollt mit verursacht haben. Sie haben auch immer schon teil an den Wohlstandsmerkmalen, von denen aus heutiger Sicht sicher manche nicht werden aufrecht erhalten bleiben können. Wer also im Glashaus sitzt, sollte nicht selbst mit Steinen werfen.

Wenn diese aufgezeigten Fakten nicht gekannt und gesehen werden (wie sich hier gerade beispielhaft bei Herrn Mißfelder u.a. zeigt) und diese obendrein auch weiterhin in der hohen Finanzpolitik nicht von den verantwortlichen Politikern beachtet werden, dann laufen wir in der Tat Gefahr, dass zunehmend irgendwelche gesellschaftliche Gruppierungen in Gegensatz zueinander geraten und – vielleicht sogar wieder einmal wie 1933 unter Mitwirkung von Demagogen – gegeneinander aufgehetzt werden:

Junge gegen Alte, Kinder gegen Eltern, Ost gegen West, Sozialutopisten gegen Wirtschaftsfachleute, Arbeitslose gegen in Arbeit Befindliche, Arbeitnehmer gegen Arbeitgeber und Kapitaleigner, Sozial- gegen Privatversicherte, Rentner gegen Beamte, Sozialistische Linke gegen Mitte, Angestammte gegen Eingebürgerte, Einheimische gegen Fremde, Normalbürger gegen besser Gebildete, Mieter gegen Hauseigentümer, Frustrierte gegen Etablierte etc. etc. Davor dürfte uns auch der Schutz unseres Grundgesetzes nicht unbedingt bewahren können.

Herr Mißfelder und Andere sollten sich nicht nur bemühen, die Ausdrucksweise abzuschwächen und krampfhaft zu erklären zu versuchen. Sie sollten sich entschuldigen und sich in Zukunft mehr um Erkenntnis und Verstehen von Sachverhalten und Zusammenhängen bemühen und ihr Denken ändern, bevor sie sich zu gesellschaftspolitisch bedeutsamen Fragen öffentlich äussern. Das täte sachlichen Auseinandersetzungen gut und auch besseren Umgangsformen von Christen untereinander, auch bei den Mitgliedern Katholischer deutscher Studentenverbände.

- 4 -

**Ich halte die Veröffentlichung dieses Beitrag mit den erfolgten Darstellungen und Wertungen im Rahmen der AM des KV für erforderlich.**

Falls gewünscht bin ich auch bereit, meine Ausführungen zu den „*Staatsschulden und ihren Ursachen im Rahmen der Finanzpolitik*“ zusätzlich in einem weiteren Artikel noch mit partiellen Vertiefungen ausführlicher darzustellen bzw. zu ergänzen.

MBuH

**Edgar K. Beitzen, Dipl.-Kfm. Regierungsdirektor a.D. (Rhein AH Vx)**